

## EDITORIAL



FOTO: VISSERR / STOCKXCHNG



VERKEHRSPOLITIK

# Breit statt lang

Richard Graf

**Die Verbreiterung der A3 und der A6 auf 6 Spuren scheint beschlossene Sache. Ignoriert die Regierungsmehrheit die geltende Rechtslage?**

In einem offenen Brief an Landesplanungsminister Jean-Marie Halsdorf mahnt der Mouvement Ecologique eine eindeutige Stellungnahme des Landesplanungschefs hinsichtlich des Ausbaus der Autobahnen A3 und A6 an. Die vom Bautenminister in der Vergangenheit mehrfach versprochene Verbreiterung, die „noch in dieser Legislatur“ beschlossen werden soll, lässt die Umweltgewerkschaft aufhorchen.

Sollte es nach den Wünschen des Bautenministers gehen, wäre die Verbreiterung in etwa zehn Jahren abgeschlossen. Das wäre dann ziemlich genau der gleiche Zeitpunkt, an dem auch die Peripherie-Bahnhöfe um die Hauptstadt fertig gestellt sein sollen. Die (scheinbare) Attraktivität der Autobahnen wird also genau dann erhöht, wenn erstmals die Bedingungen eines funktionierenden öffentlichen Schienenverkehrs gegeben sind. Demnach das falsche Signal an ÖPNV-Muffel.

Unabhängig von der Sinnlosigkeit eines solchen Unterfangens - welches die alltäglichen Staus zwar kürzer, dafür aber umso breiter macht - scheinen einmal mehr rechtsstaatliche Prinzipien außer Kraft gesetzt zu werden. Das erinnert an unrühmliche Vorkommnisse vor anderthalb Jahrzehnten, als die „Nordstraße“ kurz vor Legislatur-Ende durchgeboxt wurde. Damals wurden die wirtschaftlichen Argumente den umweltpolitischen übergeordnet. Ein alter Konflikt, der eigentlich nicht mehr vorkommen sollte. Auf EU- und Landesebene gelten seither Richtlinien, die eine eingehende Prüfung großer Verkehrsprojekte hinsichtlich ihres Umweltimpaktes verlangen. Die jüngste Luxemburger Gesetzgebung in dieser

Frage ist auf den 13. März 2007 datiert und schreibt eine Umweltverträglichkeitsstudie vor, die auch feststellen soll, ob nicht umweltschonendere Alternativen zum gleichen Ziel führen können.

Die Einschätzung, ob eine solche Prüfung stattfinden muss oder nicht, unterliegt dem Landesplanungsminister. Und weil das Kompetenzgerangel vorprogrammiert ist, wurde auch festgelegt, dass im Falle einer Uneinigkeit des Landesplanungsministers mit den einzelnen Ressortministern, der Regierungsrat mit der Frage befasst wird. Somit kann die gesamte Koalition mitentscheiden, ob eine Umweltverträglichkeitsstudie stattfinden muss oder nicht. Wenn diese Frage mit „Ja“ beantwortet wird - und eine andere Option kommt aus umweltpolitischen Gesichtspunkten eigentlich nicht in Frage - dann dürfte allein das Prüfungsverfahren eine Abstimmung der A3/A6-Verbreiterung vor Juni 2009 unmöglich machen.

Es stellt sich also die Frage, ob der Landesplanungsminister, beziehungsweise die Regierung als Ganzes, längst ihr Kreuz hinter die Umweltverträglichkeitsstudie gemacht haben. Das wäre umso erstaunlicher, als die Bauten-, Umwelt- und Landesplanungsminister erst letzte Woche in seltener Eintracht den vorläufigen „plan sectoriel transports“ vorgestellt haben. Dieses Instrument soll in Zukunft zur viel gepriesenen „Planungssicherheit“ beitragen. Will sagen: Entscheidungen werden erst dann getroffen, wenn alle landesplanerischen Aspekte berücksichtigt wurden.

Das Instrument der sektoriellen Pläne macht demnach nur Sinn, wenn ab sofort der Politik der vollendeten Tatsachen abgeschworen wird. Sechsspurige Autobahnen mögen gute Wahlkampf-Argumente für eine bestimmte Klientel abgeben, mit nachhaltiger Politik für kommende Generationen haben sie nichts zu tun.

## NEWS

Wahlen in den USA: Der Obama-Effekt **S. 3**

Friddensinitiativ/ACDN: Pour un monde sans armes nucléaires **p. 5**

## REGARDS

Girls Go Science: Sexe faible face aux sciences dures **p. 6**

Ökologie und Liberalismus:

Wasserpreis-Karussell **S. 10**

Integration: Interkulturelle Netzwerke **S. 12**

Politique culturelle: Finie la philanthropie? **p. 14**

Demokratische Republik Kongo:

Flucht vor dem General **S. 16**

(Coverfoto: zyrster/flickr)